

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 21 (1980)
Heft: 26

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mitteilung

an unsere Abonnenten

Auf den 1. Januar 1981 wird der Abonnementspreis für das ZeitBild von Fr. 34.- auf Fr. 39.- erhöht werden müssen (Ausland Fr./DM 42.-, Lehrlinge + Studenten Fr. 25.-). Die Teuerung seit der letzten Erhöhung vor fünf Jahren beträgt im Durchschnitt 18%, im graphischen Gewerbe bis zu 20%. Wir selbst, als nichtgewinnstrebendes Unternehmen, sehen uns gezwungen, eine Anpassung von 15% vorzunehmen.

Diese Erhöhung wird uns erlauben, die in diesem Jahr begonnene Ausgestaltung von ZeitBild mit erweitertem Themenkreis, mehr Bildern und mehr Mitarbeitern weiterzuführen.

Wir treten ungern mit einer Abonnementspreiserhöhung an unsere Leser heran, die mit einer Erneuerungsquote von deutlich über 90% zu den treuesten auf dem Schweizer Zeitschriftenmarkt gehören. Wir hoffen aber, dass sie für diese Konsequenz aus der allgemeinen Lage Verständnis haben werden.

Redaktion und Administration
ZeitBild

Es ist wohl unbestreitbar, dass unsere Bundesverfassung mit dem Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht demokratisch entstanden ist. Wer die Erfüllung dieser Pflicht verweigert, missachtet den demokratischen Volkswillen. Ob er ein Staatsfeind sei — wie Sie zwischen unseren Zeilen gelesen haben —, steht damit noch nicht fest; das hängt von seiner persönlichen Motivation ab. Sicher ist nur, dass er die Landesverteidigung schwächt und damit potentiellen Feinden der Eidgenossenschaft den Weg ebnet. Daran vermag eine noch so anerkennenswerte Lebenshaltung nichts zu ändern. Diese ist Ausdruck einer individuellen Haltung und bietet keine Gewähr für die Anerkennung der Bedürfnisse der Gesellschaft.

Ihr Hinweis, dass die parlamentarische Versammlung des Europarates das Ministerkomitee am 7. Oktober 1977 eingeladen habe, die Menschenrechtskonvention durch ein Recht auf Militärdienstverweigerung zu ergänzen, war uns neu. Wir dürfen wohl annehmen, dass Sie uns informiert hätten, wenn das Ministerkomitee dieser Einladung Folge gegeben hätte. Bis eine offizielle Erklärung dieses Komitees vorliegt, entspricht die Behauptung von Dr. Saner, dass in der Schweiz den Dienstverweigerern ein grundlegendes Menschenrecht vorenthalten werde, nicht der Wahrheit. Deshalb haben wir die in der «Synthese» entstandene Kontroverse zum Anlass genommen für unsere Erörterung im ZeitBild vom 3. Dezember 1980.

Gesetzt nun aber, der Europarat beschliesst die Verankerung eines Rechtes auf Militärdienstverweigerung, so sind wir von der Tunlichkeit einer solchen Massnahme keineswegs überzeugt. Wie wir alle können auch hohe und höchste Stellen Fehler begehen. Und eine solche Verankerung würde uns solange als Fehler erscheinen, als der

Grundsatz nur Gültigkeit für jenen Bereich der Welt hätte, der ohnehin keinen erheblichen Aggressivitätsgrad aufweist.

Wenn aber das entsprechende Prinzip von allen Staaten anerkannt wird und von einzelnen Staaten nicht umgangen werden kann, dann werden wir uns begeistert dafür einsetzen. Das ist keine Ausrede, kein Ausweg, um die Militärdienstverweigerung auf ewig zu verbannen, sondern eine existenzielle Voraussetzung der offenen Gesellschaft. Für den Bereich der internationalen Machtpolitik gelten die Regeln leider nicht, wonach das gute Vorbild Nachahmung schafft, oder wonach im Kleinen beginnen muss, was im Grossen wirken soll. Weder hat sich Hitler von der Nichtexistenz einer dänischen Armee abschrecken lassen, noch wurde Breschnew vom Einmarsch in die Tschechoslowakei deshalb abgehalten, weil dort die Armee nicht kampfbereit gewesen ist.

Anders in Polen. Von diesem Volk ist bekannt, dass es bei einem sowjetischen Einmarsch kämpfen würde. Das hat die Sowjetunion bis jetzt wenigstens von einer solchen Intervention abgehalten. Und wenn die Polen stärker gerüstet wären, sogar auf Unterstützung zählen könnten und das Missverhältnis zur übermächtigen Sowjetunion nicht gar so krass wäre, so hätten sie eine solche Intervention ebensowenig zu fürchten wie China.

Das sind Fakten, die ebenfalls zu berücksichtigen sind. Weil, wie gesagt, in Fragen der Machtpolitik nicht nur der gute Wille des einen zählt, solange er vom andern nicht geachtet wird.

Peter Sager

Unser TV-Kommentar

Rückblick auf Rücksicht

In den letzten zehn Jahren hat die schweizerische Aussenpolitik nicht immer eine so glückliche Hand gehabt wie unter den Bundesräten Petipierre, Wahlen und Spühler. Der vorläufig letzte Vorfall un guter Art betraf den Besuch des DDR-Aussenministers Fischer in Bern; er ist in der Presse entsprechend gewürdigt worden.

Wir kommen heute in einem andern Zusammenhang auf diesen Besuch zurück. Die Verspätung ist bedingt durch die Unterlagenbeschaffung.

DDR-Aussenminister Fischer wurde am 23. November von Peter Garoni im Schweizer Fernsehen interviewt. Fernsehjournalisten gelten als angriffliche Befrager, die heikle Themen forschen gehen und sich ausweichende Antworten nicht gefallen lassen. Das Fischer-Interview bestätigte aber einmal mehr, dass diese Haltung nicht immer rundum bekundet wird. Gewisse Sektoren werden ganz offensichtlich geschont.

Zwar hat Peter Garoni auch heikle Fragen gestellt. Wie diese:

«Eine letzte Frage, Herr Minister: Die besonderen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der DDR haben sich ungeachtet der momentanen Belastung durch die Erhöhung der Min-

destumtauschsätze gesamthaft wesentlich gebessert?» (Bis hierher eine trauliche Formulierung. Wenn die Bundesrepublik den Familienkontakt mit Devisenmassnahmen erschwert hätte, wäre die Frage wohl so ausgefallen: Warum behindert Ihr Land, Herr Minister, den Kontakt unter getrennten Familien mit einer prohibitiven Besteuerung der Reisenden? Indes, Peter Garoni hat diese Frage in «verbesserten Beziehungen» verzuckert, um nun die wirklich heikle Frage zu stellen): «Im August nächsten Jahres werden es 20 Jahre her sein seit dem Bau der Mauer in Berlin. Wann, Herr Minister, wird diese Mauer fallen?»

Antwort: «Das, was Sie Mauer nennen, ist Staatsgrenze, und Grenzen gibt es bekanntlich zwischen allen Staaten. Und der Charakter der Grenze wird nicht unwesentlich durch den Mitangrenzer, das heisst durch den Nachbarstaat, bestimmt. Sie sagen, dass diese Mauer, also diese Staatsgrenze, seit 20 Jahren so existiert. Ich antworte Ihnen darauf: ein Glück, dass es so ist, denn hätten wir vor 20 Jahren diese Grenze nicht so gesichert, wie sie jetzt gesichert ist, ich glaube nicht, dass wir heute hier so in aller Ruhe dieses Gespräch führen könnten. Diese Grenze ist ja überdies auch die Nahtstelle zwischen den beiden gesellschaftlichen Systemen, die in der Welt existieren, darüber hinaus auch die Grenze zwischen zwei Bündnissen, zwischen den Staaten des Warschauer Vertrages und den Staaten, die der Nato angehören. Wenn aber der westliche Nachbar dieser Grenze Frieden und Sicherheit ebenso sichern will, dann wäre es an der Zeit, dass er ein klares Bekenntnis zur Unverletzlichkeit dieser Grenze abgibt. Das ist leider bis heute noch nicht geschehen.»

Peter Garoni teilte offenbar die Glücksempfindungen des DDR-Ministers und beschloss das Interview bündig mit: «Besten Dank, Herr Minister.»

Peter Garoni hätte auch anders gekonnt. Wenn er gewollt hätte. Zum Beispiel so:

«Augenblick, Herr Minister. Grenzen gibt es zwischen allen Staaten, nicht aber Mauern und Minengürtel und Selbstschussanlagen. Und was, Herr Minister, meinen Sie konkret, wenn Sie sagen, dass wir unser heutiges Gespräch in aller Ruhe nur dank der Errichtung dieser Mauer führen können?»

Oder so:

«Augenblick, Herr Minister. Sie sagen, dass es ein klares westdeutsches Bekenntnis zur Unverletzlichkeit dieser Grenze nicht gebe. Wie interpretieren Sie Artikel 3 des «Grundlagenvertrages zwischen der BRD und der DDR» vom 21. Dezember 1972, am 6. Juni 1973 von der BRD zum Gesetz erhoben, in dem steht, die beiden hohen vertragschliessenden Parteien «begründen die Unverletzlichkeit der zwischen ihnen bestehenden Grenze jetzt und in der Zukunft und verpflichten sich zur uneingeschränkten Achtung ihrer territorialen Integrität?»

Das wären zwei, drei Fragen von mehreren, die Peter Garoni hätte stellen sollen. Aber so unangenehme Fragen werden Sozialisten ja selten oder nie gestellt. Nur den Demokraten. Soweit sie vom Fernsehen nicht ohnehin boykottiert sind. Sa.

NB: Die Unterlagenbeschaffung hat so lange gedauert, weil es schwer ist, von einer TV-Sendung, die man zufällig hört, ein Transkript zu erhalten. Der Text des Grundlagenvertrages dagegen ist öffentlich bekannt, leicht und sofort zugänglich.

Pause in Polen?

Die Beschlüsse des Gipfeltreffens vom 5. Dezember in Moskau, wo die Parteigremien unter Beizug der Chefs von Armee und Sicherheitsdienst getagt hatten, sind jetzt bekannt. Die polnische Führung hat eine Frist erhalten, um die Dinge wieder in Griff zu bekommen.

Szenario

Missrät ihr das bis zum 9. Parteikongress von Ende März, erfolgt wohl erneut eine Wachablösung. Kania wird durch das Trio Moczar/Grabski/Olszowski ersetzt. Schafft es auch die Dreierbande nicht, können die Sowjets samt ost-deutschen Söldnertruppen einmarschieren. Und zwar im Rahmen von Militärmanövern, mit deren Rückendeckung die linksradikalen Parteiführer gegen die Arbeiterschaft, die Gewerkschaften und die unbottmässigen Intellektuellen vorgehen sollen. Das ist das Szenario mit Wahrscheinlichkeit.

Die VPAP-Zentrale versucht, bis zum 10. Januar den Entwurf ihres Programmes auszuarbeiten. Der Apparat soll gefestigt werden. Seinerseits will General Moczar dafür sorgen, die Aktionsfähigkeit von Sicherheitsdienst und Armeepapparat wiederherzustellen.

Abschirmungen

Um das durchzusetzen, will man Polen soweit wie möglich vom «bösen Ausland» isolieren. Auslandsreisen werden ab Neujahr erschwert. Ab 5. Januar wird der Ost-Fährverkehr zwischen

Danzig und Karlskrona (Schweden) eingestellt. Eine zweite Fähre, die von Schweinemünde (an der Grenze zur DDR) nach Schweden führt, soll nur noch eingeschränkt funktionieren. Dafür wird die Polizeikontrolle grösser, unter Aufsicht des Staatsicherheitsdienstes der DDR, die ihren Anspruch auf Subversionsbekämpfung angemeldet hat.

Mehr Zeit braucht es zur polnischen Kontrolle über Gewerkschaftler, Studenten und Wissenschaftler. Bis dahin vermeidet man die offene Konfrontation. Kania spricht fleissig vom «heftigen politischen Kampf gegen den Klassenfeind», aber er greift die Gewerkschaften nicht direkt an. Da schickt man lieber andere Leute vor.

Vorgeschichte

Zum Wort gemeldet hat sich der «katholische» Stellvertretende Ministerpräsident Ozdowski. In der Pariser Zeitschrift «La Croix» zog er gegen die Intellektuellen von KOR (Komitet Obrony Robotnika, Komitee für Arbeiterselbstverteidigung) los, um ihre Hilfe für die Arbeiter schlechtzumachen. Man kennt ihn noch von Posen her, wo er seinerzeit im Auftrag des Regimes mehrere misslungene Versuche unternommen hat, den katholischen Klub der Intelligenzia (KIK) zu spalten. Nun, der regimehörige Ausstellungskatholik hat sich schon genügend kompromittiert und wird in Polen nicht ernstgenommen.

Gefährlicher wäre an sich der Sekretär der Bischofskonferenz, Alojzy Orszulik. Man sagt ihm enge Beziehungen zum Apparat nach, und seine vielen Intrigen haben ihm den Spitznamen «Rasputin» eingebracht. Gegen den Willen der Bischofskonferenz hat er vor der ausländischen Presse gegen KOR seine Angriffe à la Husak oder Honecker geführt. Sein (d. h. seiner Auftraggeber) Ziel war es, die Einheit von Gewerkschaften, Kirche und kritischen Intellektuellen zu sprengen. Aber er hat diesmal nur den einheit-

lichen Protest von Katholiken und Gewerkschaften gegen seinen Spaltungsversuch provoziert und sich selbst ins Abseits gestellt.

Am 16./17. Dezember haben die Feiern zum Gedenken an die Opfer der Unruhen vom Dezember 1970 stattgefunden. Die Denkmalsenthüllung wurde vom Fernsehen übertragen. Stark vertreten war die Kirche, aber an der Trauermesse teilgenommen haben auch Staatspräsident Jablonski, das Politbüromitglied Jagielski und militärische Kommandanten. Es machte den Anschein von Einheit.

Die Krise bleibt präsent

Aber die Krise schwelt weiter, trotz Ruhe und Disziplin im Volk.

Die sozialistischen Errungenschaften sind so, dass man die Lebensmittel wieder rationieren muss, um die Mindestversorgung zu gewährleisten. Und das 35 Jahre nach Kriegsende. Es hat Pro-Kopf-Weihnachtsrationen an Fleisch und Butter gegeben, aber es fehlt erneut an Brot, Kohle und anderem. Die Leute sind verärgert, um so mehr, als Parteifunktionäre wieder Vorzugsbehandlung geniessen und sich in Spezialläden eindecken können. Das ruft Erbitterung hervor und die Gefahr neuer «antisozialistischer Unruhen».

Die Drohungen und Erpressungen seitens der Sowjetunion haben nicht etwa aufgehört, auch wenn man den Klartext vorzugsweise wieder den Stellvertretern überlässt. Am 17. Dezember nannte Fidel Castro eine allfällige Sowjetintervention in Polen eine Pflicht des Sozialismus zum Schutz seiner Errungenschaften. Ähnlich äusserte sich der DDR-Ministerpräsident Willi Stoph über die Pflicht zum militärischen Schutz des Sozialismus. «Demgegenüber» sagte der sowjetische ZK-Sekretär Boris Ponomarew in Paris, die Polen seien erwachsen genug, um ihre Probleme selbst zu lösen. Aber laut sowjetischer Diktion lösen ja auch die Afghanen ihre Probleme selber.

Bohdan Gorski

Unsere Meinung

Wer sagt was?

Überlegen Sie sich doch bitte einmal den folgenden Satz:

«Der Kampf um die Macht der Arbeiterklasse kann nur von der Arbeiterklasse selbst geführt werden.»

Man kann den Satz richtig finden und ihn demzufolge propagieren. Oder man kann ihn demagogisch finden und ihn demzufolge bekämpfen. Und nun unsere Fragestellung, bezogen auf die heutige politische Lage in Europa:

Welche Kräfte werden ihn wohl propagieren, und welche werden ihn bekämpfen?

Wir können eine konkrete Antwort bieten. Den Satz veröffentlichte die polnische Exilzeitschrift «Szczeszen» («Stechmücke») in Paris. Und zitiert wurde er von der offiziellen kommunistischen Zeitung Polens, der Warschauer «Trybuna Ludu» (4. 11. 1980). Zitiert als Beleg für die «demagogischen Gedanken», die von den Feinden des Sozialismus im Ausland verbreitet würden.

Wir haben zu diesem Verlauf der ideologischen Front nichts zu sagen. Das ist nicht unsere Sache. Sondern die Sache unserer angeblich progressiven Zeitgenossen und der Genossen überhaupt. Auf welcher Seite stehen sie? cb

In Kürze

Menschenrechte bei uns habt ihr nur zu erwarten, wenn ihr aufhört, uns zu kritisieren.

Das war sowjetische Diktion an der KSZE-Nachfolgekonferenz von Madrid. Wörtlich sagte es das sowjetische Delegationsmitglied S. A. Kondraschow so:

«Je besser es der Entspannung geht, desto besser geht es auch dem Korb 3. Jene Kreise, die keine Entspannung wollen, behindern somit auch die Verwirklichung der Forderungen aus Korb 3.»

Womit wenigstens von seiten der Sowjets selbst deutlich gesagt ist, dass sie nicht daran denken, die Menschenrechte um ihrer selbst willen zu gewähren.

*

Die Emigration von Juden aus der Sowjetunion wird immer stärker abgeblockt. Die Regression ist nicht ganz regelmässig, aber über einen längeren Zeitraum betrachtet deutlich genug. Die Monatszahlen der in Wien eintreffenden Juden aus der UdSSR belegen das.

1979: ... Oktober 4746, November 4193, Dezember 4145.

1980: Januar 2803, Februar 3023, März 3049, April 2496, Mai 1976, Juni 1767, Juli 1205, August 770, September 1307, Oktober 1424, November 789.

Sind die emigrationswilligen Juden alle geworden? Nein. Noch immer leben in der UdSSR 370 000 Juden, die ihre Ausreisebereitschaft bekundet haben.

*

Der kirgisische Ministerpräsident Sultan Ibrahimowitsch Ibrahimow ist «umgekommen», wie die zentralen sowjetischen Medien (Tass, Radio Moskau, «Prawda» und «Iswestija») meldeten. Laut kirgisischen Quellen (Regierungsbeamte und die «Sowjetskaja Kirgisija») wären er und sein Chauffeur im Kurort Tscholpon-Ata ermordet worden.

Würden Sie ein Buch über A. D. Sacharow lesen wollen? Ich schon. Eine Biographie, die seine Persönlichkeit in der Entwicklung nachzeichnet: mit 32 Jahren Mitglied der Akademie der Wissenschaften, ein Atomphysiker, der Zugang zu den obersten Schichten der Gesellschaft hatte — und diese Position dazu benutzte, die höchsten Führer vor den Gefahren nuklearer Aufrüstung zu warnen. Ein Mensch, der als Top-Wissenschaftler nicht zum Technokraten wurde, sondern eine Wärme und ein Verantwortungsbewusstsein für den Nächsten an den Tag legt, wie sie selten sind. Was dachte und empfand er in bestimmten Situationen? Wie begründet er seine Haltung, für die ihm der Friedensnobelpreis zuerkannt worden ist?

à propos Mensch

Der ideale Romanheld; ein Vorbild für die jüngeren Generationen. Kämpfer gegen Atomwaffen, Umweltverschmutzung, Ungerechtigkeit. Ein Muster der Liebe zur Arbeit, zur Heimat, exemplarisch im Einsatz seiner grossen Talente. «In der Sorge um die Zukunft vereinigt sich der fortschrittliche, mithin ethische Teil der Wissenschaft mit der Politik und der Literatur, denn er gibt sich realistisch nüchtern Rechenschaft darüber, dass in den nächsten 100 Jahren eine allgemeine Katastrophe die Menschheit überrollt, wenn nicht der thermonukleare Wahnsinn abgewandt wird und wenn nicht die technologische Zivilisation ihre Gewaltanwendung gegen Erde und Himmel einstellt und zu einer vernünftigen Nutzung der Ressourcen übergeht.» Das könnte Sacharow gesagt haben; fast alles. Gesagt hat es ein Schriftsteller und KPdSU-Mitglied seiner Generation (Jg. 1924) als zentrale programmatische Aufgabenstellung für die Literatur der 80er Jahre; ebenso wie auch das von den drei Punkten Arbeitsliebe, Heimatliebe, Begeisterung.

Gesagt hat es Jurij Bondarew am 5. Kongress der RSFSR-Schriftsteller in Moskau (9.—12. 12. 1980).

Ein Buch über Sacharow würde den Wünschen der Sowjetleser genau gerecht, in allen Belangen. Und den Bedürfnissen der Sowjetliteratur auch — ausser in einem: Sacharow ist zwar der prominenteste Vertreter des «ethischen Teils der Wissenschaft», aber er ist nicht im parteipolitischen Sinn «fortschrittlich».

Für Sacharow ist es möglich, ja notwendig, sich ethisch zu engagieren, ohne dass die KPdSU ihn dazu beauftragt hat. Einen Bondarew könnte es vielleicht locken, über den vorbildlichen Sacharow zu schreiben, doch er dürfte es nicht: sein Held müsste wohl sein wie Sacharow, aber weil er Kommunist wäre.

Darum wird es ein sowjetrussisches Buch über Sacharow nicht geben (ohnehin besser, es verweigert sich kein Wahrheitsverdreher an seiner Person).

Als kleinen «Ersatz» hat Sacharow eine Art kurze Autobiographie verfasst. Die gibt es demnächst im ZeitBild zu lesen. HTD

Wie starb Stalin wirklich?

Im Westen diskutiert man wieder einmal die Frage, ob Stalin 1953 tatsächlich bloss starb und nicht vielleicht doch «gestorben wurde». Anlass zu solchen Spekulationen gibt die französische Ausgabe des Buches «Das Rätsel um Stalins Tod» von Prof. A. Awtorchanow. Der Autor war seinerzeit ZK-Funktionär und emigrierte 1943 in den Westen. In seinem historischen Werk vertritt er die These, der damalige Chef des Sicherheitsdienstes, Lawrentij Berija, habe eine erfolgreiche Verschwörung gegen Stalin angezettelt.

Interessant, aber nicht stichhaltig. So beurteilt jedenfalls Valerij Tarsis die Komplott-Theorie. Er hat Awtorchanows Buch schon in ZB, Nr. 23/1976, anlässlich der russischsprachigen Erstausgabe unsern Lesern vorgestellt. Heute führt er Indizien an, die gegen Awtorchanows These sprechen, und sagt auch, was er aus eigener Kenntnis zum Thema von Stalins Tod weiss.

Awtorchanows These ist — bei aller Hochachtung, die ich für den Autor hege, seit den 30er Jahren, als wir uns in der UdSSR kennenlernten — eine missglückte Konstruktion.

Zu Lebzeiten Stalins konnte es keine Verschwörung gegen ihn geben. Nicht einmal von zwei Beteiligten, geschweige denn von vier (Berija, Malenkov, Chruschtschow und Bulganin). Denn hätte jemand sich erkühnt, einem andern gegenüber ein Wort gegen Stalin zu äussern, hätte dieser sogleich beim Privatsekretär des Diktators, Poskrjobjeschew, eine Denunziation vorgebracht. Der Angstreflex dürfte in den späteren Lebensjahren Stalins bei der gesamten Bevölkerung gespielt haben.

Stalins Tod erfolgte durchaus natürlich. Mir sagte ein guter Bekannter, Dr. Schapiro vom Kreml-Krankenhaus, dass Stalin bereits im Sommer 1951 eine Gehirnblutung erlitt und auf einer Bahre von der Krim ins Nobelspital verbracht wurde. Damals teilte das Aerztekonsilium dem Politbüro der Partei mit, Stalins Leben sei in Gefahr, und er müsse künftig sein Arbeitspensum einschränken. Daraufhin fasste das Politbüro den Beschluss, der Chef dürfe nur noch 3 Stunden im Tag arbeiten — statt der früheren 12 bis 14 Stunden.

Deshalb trug dann am 19. Parteikongress 1952 nicht Stalin den Rechenschaftsbericht vor, sondern Malenkov.

Im Oktober 1951 sagte mir Dr. Schapiro, nach Meinung der Kreml-Aerzte habe Stalin noch höchstens ein Jahr zu leben. Nach seinem Tod im März 1953 sprach ich erneut mit jenem Arzt. Er beurteilte es so: Stalin konnte nach dem ersten Schlaganfall deshalb noch zwei Jahre statt nur einem weiterleben, weil er über einen ungewöhnlich starken Organismus verfügte; er erlitt jedoch während dieser Zeit mehrmals zerebrale Durchblutungsstörungen, die leicht zu einer erneuten Gehirnblutung hätten führen können.

Die Aerzte besuchten ihn zweimal wöchentlich in seiner kleinen Villa im Moskauer Vorort Kunzewo, wo er dann auch starb.

Nicht uninteressant ist auch, dass Stalin von allen ihm verschriebenen Medikamenten einzig Jod zu sich nahm. Sein Vertrauen in die Aerzte war offensichtlich begrenzt. Den Aerzten war das auch bekannt, und jeder hatte Angst, dem Führer von Partei und Staat neue Mittel zu verschreiben.

Ein Mittel für Unsterblichkeit hatte ohnehin niemand anzubieten.

*

Im Lichte dieser Informationen ist es unwahrscheinlich, dass Berija und andere Machthabende der Natur nachgehoften hätten. Stalins natürlicher Tod war überfällig.

Zweifellos bietet Awtorchanow jedoch eine Menge Hintergrundmaterial von partei- und sozio-historischem Interesse, das seine Gültigkeit behält.

Wir wünschen
unsern Lesern
ein gutes
neues Jahr.

ZEITBILD erscheint alle
zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigen-
verwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6
Tel. 031 43 12 12. Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar +
Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank
Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

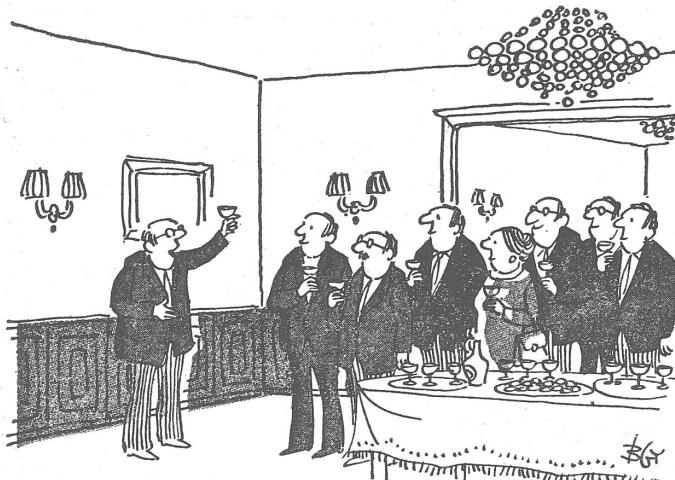
Verantwortlicher Herausgeber und Verlag
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

Redaktion
Peter Sager, Christian Brügger

Administration und Anzeigenverwaltung
Peter Dolder

Abonnementspreise
Fr. 39.- jährlich (Ausland Fr./DM 42.-)
Studenten und Lehrlinge Fr. 25.-
(Ausland Fr./DM 28.-)
Einzelnnummer Fr. 2.- (Ausland Fr./DM 2.50)

«Ludas Matyi», Budapest

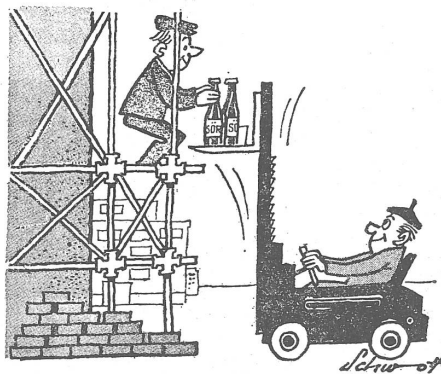


Oben: «Genossen, wir wollen auf die Gesundheit unseres ausländischen Partners trinken, der leider wegen seiner Arbeit nicht am Bankett zu seinen Ehren teilnehmen kann.» (20.11.1980)

Rechts: Kinderstreich. Die Lauser haben ein Schild ausgehängt «Wohnung zu vermieten», und der Passant ist in Ohnmacht gefallen. (17.7.1980)

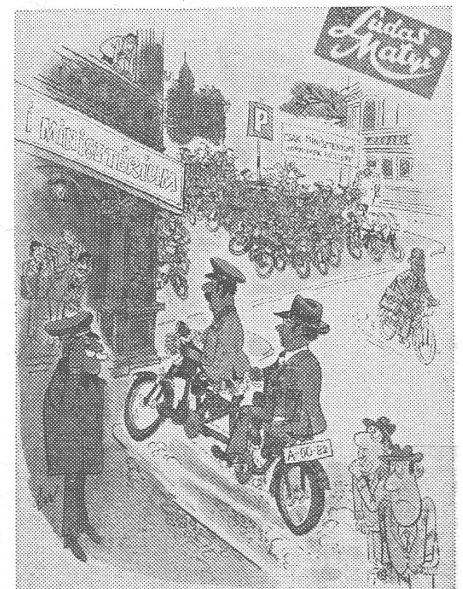


Berufliche Weiterbildung. «Und jetzt will ich dir erklären, wie man bei uns zu Hause die Würste macht.» (3.7.1980)

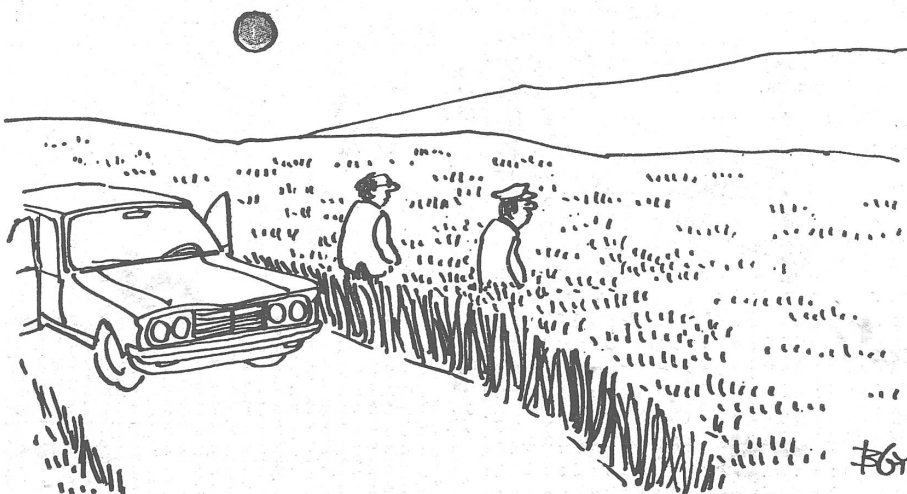


Materialnachschub. (18.9.1980)

Altjahresplatte aus Ungarn



Wenn der Benzinpreis weiter aufschlägt... (führt das am Ende noch direkt zu demokratischen Verhältnissen). 17.4.1980



«Demokratie». (Wenn der Direktor und sein Chauffeur am gleichen Ort mal müssen.) 21.8.1980